

Compliance Richtlinie

1. Einleitung

Die Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstfeldbruck arbeitet auf der Basis der geltenden gesetzlich festgelegten Vorschriften, des Weiteren sind unsere Leitlinie die Grundsätze guter Stiftungspraxis des Bundesverbands Deutscher Stiftungen (siehe Anlage).

Darüber hinaus bilden die Satzung, unsere Geschäftsordnung und sowie Anlagerichtlinien die Grundlage für unser tägliches Handeln.

2. Zweck der Richtlinie

Diese Compliance Richtlinie legt die grundlegenden Prinzipien und Verfahren fest, die sicherstellen sollen, dass die Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstfeldbruck alle gesetzlichen und ethischen Anforderungen erfüllt. Ziel ist es, die Integrität und Transparenz der Stiftung zu gewährleisten.

3. Anwendungsbereich

Diese Richtlinie gilt für alle Mitarbeiter, Vorstandsmitglieder, Ehrenamtlichen und sonstigen Personen, die im Auftrag der Stiftung tätig sind.

4. Verhaltenskodex

Alle Personen, die mit der Stiftung in Verbindung stehen, sollen sich an folgenden Prinzipien orientieren:

- Ehrlichkeit und Integrität: Handeln Sie stets ehrlich und integer.
- Gesetzeskonformität: Beachten Sie alle geltenden Gesetze und Vorschriften.
- Transparenz: Informieren Sie die Stiftung umfassend und rechtzeitig über relevante Sachverhalte.
- Verantwortlichkeit: Übernehmen Sie Verantwortung für Ihre Handlungen und Entscheidungen.
- Vertraulichkeit: Behandeln Sie grundsätzlich alle Daten und Informationen vertraulich.

5. Interessenskonflikte

Interessenkonflikte sind nicht ungewöhnlich. Bei Entscheidungen sind oft unterschiedliche Interessen und Aufgaben berührt, die aus weiteren Verpflichtungen wie zum Beispiel dem Beruf oder weiteren Ehrenämtern resultieren.

Wichtig ist ein transparenter Umgang damit. Deshalb gelten folgende Richtlinien:

- Alle handelnden Personen sind verpflichtet, mögliche Interessenskonflikte im persönlichen oder beruflichen Umfeld, die sich mit den satzungsgemäßen Inhalten überlappen, dem Stiftungsratsvorsitzenden bekannt zu geben.
- Über bekannt gegebene Interessenskonflikte informiert der Stiftungsratsvorsitzende die Gremien zur weiteren Prüfung und Entscheidung durch den Stiftungsrat.
- Die betroffene Person ist im Falle eines Interessenkonfliktes in anstehenden Entscheidungen in dieser Angelegenheit nicht für die Bürgerstiftung vertretungs- und stimmberechtigt. In den Sitzungsprotokollen wird dies jeweils dokumentiert.
- Ausschlüsse von Entscheidungen können temporär (nur bezogen auf den Vorgang) oder dauerhaft (bezogen auf das Thema/Ressort) sein.
- Verstöße gegen diese Regelungen können zum Ausschluss vom gewählten Amt bzw. Mitarbeit führen.

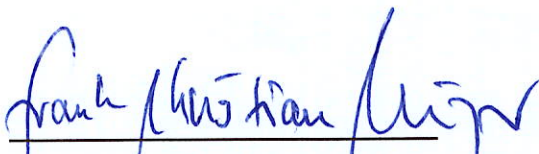
6. Änderungen und Anpassungen

Diese Richtlinie wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst, um sicherzustellen, dass sie weiterhin den aktuellen gesetzlichen und ethischen Anforderungen entspricht.

7. Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie tritt sofort in Kraft und ersetzt alle vorherigen Richtlinien und Regelungen in Bezug auf Compliance.

Fürstentfeldbruck, den 09.12.2024


Stiftungsratsvorsitzender


Vorstandsvorsitzende

ANLAGE

Grundsätze guter Stiftungspraxis

Bundesverband Deutscher Stiftungen

T +49 (0)30 89 79 47-0

post@stiftungen.org

www.stiftungen.org

Grundsätze guter Stiftungspraxis

Im Jahr 2006 haben sich erstmals Stifterinnen, Stifter und Stiftungen in Deutschland auf einen klaren ethischen Orientierungsrahmen für effektives und uneigennütziges Stiftungshandeln verständigt. Die Selbstverpflichtung gilt für alle gemeinwohlorientierten Stiftungen.

2019 verabschiedete die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen eine Erweiterung der Grundsätze guter Stiftungspraxis.

Im Folgenden sind die 2019 ergänzten Passagen *kursiv* markiert.

Präambel

Die Gründung von Stiftungen ist lebendiger Ausdruck von Freiheit und Verantwortung der Bürger. Stiftungen engagieren sich auf vielfältige Weise in zentralen gesellschaftlichen Feldern. Die gesellschaftliche Bedeutung und Funktion von Stiftungen muss sich widerspiegeln in einer verantwortungsvollen Ausführung der von den treuhänderisch wirkenden Stiftungsorganen übernommenen Verpflichtungen. Die Grundsätze sollen Stiftungsorganen, Stiftungsverwaltern, Stiftungsmitarbeitern sowie potenziellen Stiftern als Orientierung dienen. Insbesondere sollen sie das Bewusstsein aller Beteiligten für die Vermeidung von Interessenkonflikten, für die angemessene Transparenz bei der Zweckverwirklichung und für die Effizienz der Mittelverwendung schärfen. In Anbetracht der Vielfalt von Stiftungen sind diese Grundsätze je nach Größe, Zweck und Art der Aufgabenwahrnehmung den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen.

I. Stiftungen in der Gesellschaft

Stiftungen sind integraler Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft in unserem demokratischen Rechtsstaat. Ihre Legitimität ist durch die grundgesetzlich garantierten Freiheiten gegeben. Stiftungen handeln im Rahmen dieser Freiheiten. Bei aller Unterschiedlichkeit der Stifterinnen und Stifter und der Vielfalt der Stiftungszwecke sind alle Stiftungen den Werten unserer Demokratie verpflichtet. Durch ihr gemeinnütziges Handeln entsprechen Stiftungen der im Grundgesetz formulierten Verpflichtung, der Gebrauch des Eigentums solle „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Grundsatz 1

Stiftungen achten die Würde jedes Menschen entsprechend dem Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Die Meinungen sind wie Kunst, Wissenschaft, Glauben und Gewissen frei.

Grundsatz 2

Stiftungen verstehen sich als Teil der wehrhaften und streitbaren Demokratie. Sie wirken aktiv in dem Rahmen der Gesetze an der Erhaltung, der Ausgestaltung und der Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens mit.

Grundsatz 3

Stiftungen sind auch dann, wenn sie ausschließlich in Deutschland tätig sind, Teil internationaler zivilgesellschaftlicher Entwicklungen. Sie setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch über Grenzen hinweg für Frieden und offene Gesellschaften ein.

Grundsatz 4

Stiftungen streben an, in ihrer Arbeit Geschlechtergerechtigkeit umzusetzen und die Chancen von Diversität wahrzunehmen.

Grundsatz 5

Stiftungen stellen sich den Herausforderungen und Potenzialen des gesellschaftlichen und technologischen Wandels. Sie setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein, dass möglichst viele an den Chancen des Wandels teilhaben können.

Grundsatz 6

Stiftungen handeln nachhaltig in Verantwortung für die zukünftigen Generationen. Sie setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Einklang mit der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung der UN und dem Pariser Klimaschutzabkommen für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein, insbesondere für die Begrenzung der Klimakrise und den Erhalt der Biodiversität.

II. Zu den handelnden Personen

Stiftungsorgane, Stiftungsverwalter und Stiftungsmitarbeiter orientieren sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des Gemeinnützigkeits- und Stiftungsrechts bei ihrer Tätigkeit insbesondere an folgenden Grundsätzen:

Grundsatz 7

Sie verstehen sich als Treuhänder des im Stiftungsgeschäft und in der Satzung formulierten Stifterwillens. Sie sind der Satzung verpflichtet und verwirklichen den Stiftungszweck nach bestem Wissen und Gewissen.

Grundsatz 8

Das in ihre Obhut gegebene Vermögen ist in seiner nachhaltigen Ertragsfähigkeit zu erhalten. Stiftungen reflektieren ihre Ziele hinsichtlich Ertragskraft, Wertbeständigkeit sowie hinsichtlich Nachhaltigkeit und möglicher Beiträge zur Verwirklichung des Stiftungszwecks und legen entsprechende Richtlinien für die Anlage des Stiftungsvermögens schriftlich nieder.

Grundsatz 9

Das Rechnungswesen bildet die wirtschaftliche Lage der Stiftung zeitnah, vollständig und sachlich richtig ab.

Grundsatz 10

Die Verwaltungsausgaben bewegen sich in einem angemessenen Rahmen.

Grundsatz 11

Sie anerkennen Transparenz als Ausdruck der Verantwortung von Stiftungen gegenüber der Gesellschaft und als ein Mittel zur Vertrauensbildung. Sie stellen daher der Öffentlichkeit in geeigneter Weise die wesentlichen inhaltlichen und wirtschaftlichen Informationen über die Stiftung (insbesondere über den Stiftungszweck, die Zweckerreichung im jeweils abgelaufenen Jahr, die Förderkriterien und die Organmitglieder) zur Verfügung.

Grundsatz 12

Sie veröffentlichen ihre Bewilligungsbedingungen und setzen, soweit geboten, unabhängige Gutachter oder Juroren ein.

Grundsatz 13

Gesetzliche Auskunftspflichten werden rasch und vollständig erfüllt.

Grundsatz 14

Die Mitglieder der Stiftungsorgane handeln informiert, integer und verantwortungsvoll. Ehrenamtlich tätige Organmitglieder sind trotz ihrer übrigen Verpflichtungen bereit, die erforderliche Zeit und Sorgfalt für die Stiftungsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Grundsatz 15

Mitglieder von Kontrolle- und Beratungsgremien sind grundsätzlich unabhängig von den für die operative Tätigkeit verantwortlichen Organen und werden von diesen umfassend und wahrheitsgemäß informiert.

Grundsatz 16

Die Stiftungsorgane sorgen für die regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der Stiftungsprogramme, vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung des Satzungszwecks, die Effizienz des Mitteleinsatzes und im Hinblick auf das Verhalten gegenüber Fördersuchenden sowie der Öffentlichkeit; sie fördern entsprechendes Verhalten ihrer Mitarbeiter.

Grundsatz 17

Die Stiftungsorgane von fördernden Stiftungen betrachten Fördersuchende als unverzichtbare Partner zur Verwirklichung der Stiftungszwecke. Anfragen sollten zeitnah beantwortet werden; über den Fortgang der Antragsbearbeitung sollte informiert werden.

Grundsatz 18

Die Stiftungsorgane fördern den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen Stiftungen. *Sie gehen verantwortlich mit Daten um und prüfen, welche Daten frei verfügbar gemacht werden.*

III. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Für Mitglieder der Stiftungsorgane, der Kontroll- und Beratungsgremien und für Stiftungsmitarbeiter gilt, dass sich niemand bei seinen Entscheidungen von eigennützligen Interessen leiten lässt. Insbesondere beachten sie folgende Grundsätze:

Grundsatz 19

Sie legen die Anhaltspunkte für einen Interessenkonflikt im Einzelfall unaufgefordert offen und verzichten von sich aus auf eine Beteiligung am Entscheidungsprozess, wenn dieser ihnen oder einer nahestehenden Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Auch persönliche oder familiäre Beziehungen zu den Fördersuchenden und zu Dienstleistungsunternehmen werden offen kommuniziert.

Grundsatz 20

Sie verzichten auf vermögenswerte Vorteile, die ihnen von interessierter Seite verschafft werden. Dies gilt auch dann, wenn die Verknüpfung von Vorteil und Gegenleistung nicht unmittelbar oder erst zukünftig zu erwarten ist.

Bundesverband Deutscher Stiftungen · T +49 (0)30 89 79 47-0 · post@stiftungen.org · www.stiftungen.org